

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

26.4.1929 (No. 97)

Expedition:
Karlstr. 14
Herrnprophet
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlstr.
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverbreitung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Französische Quertreibereien

Zweck: Einschüchterung

W.B. Paris, 26. April. (Tel.) Nachdem gestern die meisten Blätter, wie gemeldet, sich in Angriffen auf die Politik der Reichsbank und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schaack gefallen haben, versuchen heute die meisten, sich eine Rückzugslinie dadurch zu schaffen, daß sie das Verhalten der deutschen Delegation bei der Reparationskonferenz kritisieren. Am beachtenswertesten ist, daß das „Echo de Paris“ den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, angreift, weil er — den Tatsachen entsprechend — feststellt, daß das Transferratium sich nie in die Diskontpolitik der Reichsbank eingemischt habe. Es ist nur zu bedauern, daß nicht alle Blätter, die die Finanzpolitik der Reichsbank kritisiert haben, nun auch die offeneren Erklärung, worauf der Abgang der Devisen in den letzten Monaten zurückzuführen ist, der öffentlichen Meinung in Frankreich unterbreiten. Da das tatsächlich nur einige wenige Blätter tun, ist wohl die Annahme nicht unberechtigt, daß die letzten Angriffe zu einer Einschüchterung der deutschen Delegierten führen sollen.

Jedoch bespricht der „Populaire“ den Bericht des stellvertretenden Reichsbankpräsidenten über den Abfluß der Devisen und schreibt: Wenn diese Erklärung richtig ist, ist die Lage in Deutschland keineswegs katastrophal, da die Repatriierung eine kurzfristige Operation ist. Die aus Deutschland abgeflossenen Kapitalien werden nämlich schnell wiederkehren, und die Schöpfung des Diskontsatzes und der Lombardsätze wird in günstiger Weise diese Rückflussbewegung beeinflussen. Man darf auch nicht vergessen, daß ja die Transferratium in den Davesplan gerade deshalb aufgenommen worden ist, um, falls Deutschland in eine schwierige Lage geraten sollte, ihrer Herr zu werden. Es würde also dem Geist des Davesplanes und der Abkommen von London zuwiderlaufen, wenn versucht würde, von vornherein durch eine Presselampagne das Funktionieren der entscheidenden Organe in ungünstigem Sinne zu beeinflussen, die eintretendenfalls zu beurteilen haben werden, ob das Verlangen Deutschlands berechtigt ist oder nicht.

Die „Volonté“ hebt hervor, daß selbst das Bulletin d'Etudes Economique, das vom Comité des Forges herausgegeben wird und als objektives Organ bekannt sei, erklärt, die Lage der Reichsbank sei vor allem die Folge der allgemeinen Verfestigung des internationalen Kredits und namentlich der Finanzpolitik, die von der Bank von England eingeleitet worden sei.

Englische Äußerungen

W.B. London, 26. April. (Tel.) Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Einige Pariser Blätter beschuldigen Dr. Schaack, er suche vorzüglich die finanzielle Lage Deutschlands so zu gestalten, daß der Transfer deutscher Daveszahlungen an die Gläubigerländer unmöglich werde. Zuständige alliierte Kreise aber scheinbar der Behauptung, daß der Reichsbankpräsident absichtlich einen so gefährlichen Weg einschlagen sollte, keinen Glauben.

In den Kreisen der alliierten Sachverständigen wird die alarmistische Auffassung der Pariser Presse über die deutsche Finanzlage nicht geteilt; doch wird zugegeben, daß die deutsche Finanzlage so ist, wie es für den Fall eines Mißerfolges der Konferenz erwartet wurde. Von zuständiger Seite wird der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es gegenwärtig äußerst schwierig sein würde, eine deutsche Anleihe in London oder New York aufzuliegen; denn wie eine Regelung den deutschen Kredit ungeheuer gesteigert haben würde, so sei er durch die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen beeinträchtigt worden. Die Aussichten für ein glattes Funktionieren des Davesplanes, das von allseitig gutem Willen abhängt, werden ganz offen als weniger günstig als vor Zusammentritt der Konferenz bezeichnet.

Mauern um die Währung

Diskont und Transfer

Ein Artikel der „Frankf. Ztg.“ schildert zusammenfassend die Wirkung der Diskonterhöhung und des Transferstopfes. Es heißt darin:

Bisher konnte der Generalagent aus den bei ihm zusammenlaufenden Reichsmark-Ablieferungen so viel Devisen, oder was dasselbe wäre, Gold kaufen, wie er bezahlen konnte. Tatsächlich hat er von dieser Möglichkeit während der letzten Monate und Wochen in ausgiebigstem Maße Gebrauch gemacht. Seine Anforderungen, die er erst am Schluß der Pariser Konferenz etwas milberte, trugen zu einem erheblichen Teile dazu bei, daß die Reichsbank an Gold und Devisen im Verlaufe von einem halben Jahre 900 bis 1000 Millionen an Devisen und Gold hergegeben hat; eigentlich wiederhergegeben hat, denn diese bisher überschüssige Goldmenge war erst in den Jahren 1927/28 auf Grund der Zinsunterschiede und auf Grund der Erschwerung langfristiger Auslandsanleihen in kurzfristiger Form bei uns eingeflossen. Vorher hatte die Reichsbank gar nicht so viel Gold und Devisen.

Jetzt freilich ist der Augenblick da, wo das festgefügte Baugesetz von 1924, das dem Schutze der Währung gewidmet ist, den Mechanismus derjenigen Bestimmungen spielen lassen wird, die einen bestimmten Deckungsprozentsatz für den Notenumlauf der Reichsbank vorschreiben. Auf die einfachste Formel gebracht, verlangen diese Vorschriften, daß der Notenumlauf mit 40 Prozent in Gold oder Devisen gedeckt sein soll, und er ist heute noch sogar mit 55,6 Prozent in Gold allein gedeckt.

Letzte Nachrichten

Die weiteren Verhandlungen in Paris

Das angebliche Provisorium

M. Berlin, 26. April. (Priv.-Tel.) Gestern waren in Berlin Gerüchte verbreitet, daß die Aussichten für eine Einigung in Paris sich erheblich gebessert hätten. Diese Mitteilungen haben nicht die geringste Begründung, namentlich ist es falsch, wenn jetzt von einem Provisorium auf zehn Jahre mit 1550 Millionen Jahreszahlungen gesprochen worden ist. Ein solches Angebot ist bisher jedenfalls nicht erfolgt. Die Besprechungen zwischen Schaack und Owen Young gehen weiter, ob sie aber zu einer Einigung führen werden, ist bisher nicht erkennbar.

Unterredung Hösch-Brand

Br. Paris, 26. April. (Priv.-Tel.) über eine Unterredung, die gestern zwischen Brand und Hösch stattfand, wird in politischen Kreisen erklärt, daß der deutsche Botschafter dem französischen Außenminister gegenüber betonte, Deutschland sei seinen Gläubigern bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen und müsse nunmehr auch Entgegenkommen von ihnen erwarten. Brand antwortete etwas ausweichend und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen, da sie nicht abgebrochen worden seien, doch nach zum Ziele führen würden. Die Unterredung findet in den nächsten Tagen ihre Fortsetzung.

Unterredung Hoovers mit Borah

W.B. New York, 26. April. (Tel.) Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator Borah, ist gestern, wie die „New York Times“ aus Washington meldet, ins Weiße Haus gebeten worden, und hatte mit Präsident Hoover eine Unterredung über die Frage der Reparationen und des Weltgerichtshofes und den von Botschafter Gibson in Genf vorgebrachten Vorschlag einer Einschränkung der Marineverträge. Senator Borah hat nach der Unterredung Pressevertretern gegenüber es zwar abgelehnt, sich über Einzelheiten der Besprechung zu äußern, gab aber zu, daß die genannten Fragen ihr Thema gebildet hätten.

Nach ihm stattierte der Unterhausschreiber Ogden Mills einen Besuch im Weißen Hause ab.

Der Reichsfinanzminister gegen Panikmache

M. Berlin, 26. April. (Priv.-Tel.) Der Reichsfinanzminister wendet sich heute gegen Gerüchte, die geeignet sind, eine gewisse Panikstimmung noch zu vergrößern, und die sich auch in einem Teil der Presse über die angeblich verzweifelte Lage der Reichsfinanzen finden. Die Folgen seien eine Verstärkung einer gewissen, schon bestehenden Kapitalflucht. Es sei wiederholt festgestellt worden, daß die festverzinslichen Werte des Reichs, der Länder und der Gemeinden gegen andere unsichere ausgetauscht würden. Auch seien in den letzten Tagen namentlich von ärmeren Leuten Gelder von den Sparkassen abgehoben worden, um sie zu Hause aufzubewahren.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner

W.B. Berlin, 26. April. (Tel.) Eine Führerkonferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat sich gestern hier mit dem Stand der Lohnbewegung bei der Reichsbahn beschäftigt. Die Gewerkschaft teilt darüber folgendes mit: „Auf der Konferenz ist einmütig die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß die Notlage der Eisenbahnarbeiter unbedingt eine alsbaldige und beredende Erledigung der Lohnfrage erforderlich macht. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung erwarten die verantwortlichen Führer, daß die Reichsbahnverwaltung dem Ernst der Lage Rechnung trägt und ihren ablehnenden Standpunkt aufgibt. Ein Verschleppung der Bewegung ist nur geeignet, die Lage zu verschärfen. Deshalb wird erwartet, daß die von den Spitzenorganisationen eingeleiteten Schritte zu einer friedlichen Verständigung alsbald zu einem positiven Ergebnis führen, bevor von dem letzten, dann unvermeidlich werdenden gewerkschaftlichen Mittel, dem allgemeinen Verkehrsstreik, Gebrauch gemacht wird.“

Großfürst Michael von Rußland †

W.B. London, 26. April. (Tel.) Großfürst Michael von Rußland ist heute morgen hier gestorben.

Der Spielraum für weitere Devisenabzüge ist also noch nicht erschöpft, aber es ist ein Gebot der Vorsicht, frühzeitig den Diskontsatz heraufzusetzen, damit ein Einfluß auf die internationalen Wechselkurse genommen und die Abflußbewegung abgestoppt werde, bevor man wirklich an den 40 Prozent angelangt ist. Die vorzunehmende Sparne ermöglicht es auch, in den nächsten unruhigen Tagen sowohl nach Devisen und andere Auslandszahlungsmittel abzugeben wie den sich vielleicht stauenden Kreditbedarf der Wirtschaft durch Umlaufvermehrung zu befriedigen.

Aber vor einem Scheitern wir nach den letzten Pariser Auseinandersetzungen schon in Wäde bewahrt zu sein, vor weiteren gleichgültigen Devisenanforderungen Parker Gilberts. Im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft darf er, der Generalagent, nämlich keine Devisen mehr kaufen, sobald das unter seinem Vorsitz stehende Transferratium, das zum Schutze der deutschen Währung eingesetzt ist, ihm Zurückhaltung auferlegen sollte. Damit würde ein doppelt fester Mauerring um die deutsche Währung aufgerichtet sein.

Wirtschaftliche Umschau

Das kontinentale Farbenabkommen — Strukt und Kunstbenzin — das Weltrohrentartell — Die Konzentration im Waggonbau

Es ist nun zu weitgehenden Abmachungen innerhalb der kontinentalen Farbenindustrie gekommen, die Unterzeichnung der verschiedenen Abkommen soll heute und morgen in Basel stattfinden. Deutschland, durch die S. G. Farben der stärkste Partner, hat mit der französischen und schweizerischen Farbstoffindustrie feste Vereinbarungen getroffen, bei denen es zu recht weitgehenden Regelungen der Produktion und des Absatzes kam, ein intimeres Zusammenarbeiten auf technischem Gebiet unter Austausch von Verfahren und Erfahrungen vorgesehen ist, und auch in der Preisfrage unter Vereinigung der deutschen und französischen Verkaufszentralen Richtlinien vereinbart wurden. Preis-erhöhungen sollen vermieden und die Kunden möglichst vorteilhaft bedient werden. Es handelt sich hier um Abmachungen über die im Weltgütermarkt sehr bedeutenden Anilin- oder Teerfarben, also jene künstlichen Farbstoffe, bei deren Entwicklung die deutsche Wissenschaft und Industrie allen anderen Ländern vorausgegangen ist.

Seit dem Krieg baute auch das Ausland große Industrien auf, vor allem Amerika und England, die jedoch diesen Abmachungen nicht beigetreten sind. Namentlich England treibt eine große Ausdehnungspolitik und nimmt Investitionen im ganzen Weltreich vor. Dafür umfassen aber die jetzigen Vereinbarungen nahezu den ganzen europäischen Kontinent, da die italienische und tschechoslowakische Teerfarbenproduktion auf dem Weltmarkt nur eine unbedeutende Rolle spielen. Ob die bisher gescheiterten Verständigungsversuche mit England wieder aufgenommen werden, ist nicht bekannt. Die Vertreter der S. G. Farben haben aber bekanntlich in Amerika eine Reihe Verhandlungen geführt, die außer Stickstoff, Kunstseide usw. sicher auch die Farben betrafen. Wenn man in der oben erwähnten kontinentalen Verständigung über die Farbenfrage das Gebiet der Vereinigten Staaten ausdrücklich unberücksichtigt ließ, so hängt das wohl auch mit diesen deutsch-amerikanischen Verhandlungen zusammen, außerdem aber auch mit der amerikanischen Kartellgesetzgebung, die ja vor nicht allzu langer Zeit den deutsch-französischen Kartellabmachungen Schwierigkeiten bereite.

Bedingt über ein deutsch-amerikanisches Übereinkommen bezüglich des synthetischen Benzins wurden bis jetzt Mitteilungen gemacht. Danach ist ein Zusammenarbeiten zwischen den S. G. Farben und der Standard Oil Co. of New Jersey auf verbesserter Basis in Aussicht genommen. Nach neuem vollständigen Arbeitsprogramm werden die neuen Verfahren nunmehr allgemein eingeführt. Der Standard Oil N. Y. ist der größte amerikanische Erdölkonzern, der mit seiner Riesenorganisation fast den ganzen Erdball umfaßt und Erdöl selber in allen Teilen der Welt besitzt. Bisher benutzten bereits die Amerikaner deutsche Patente der S. G. Farben zur Raffinade des Rohöls und Herstellung von Benzin daraus. Wenn jetzt auch die deutschen Kunstölpatente gemeinsam verwendet werden, so zeigt dies einerseits von der großen Bedeutung dieser Patente, andererseits geht aber auch daraus hervor, daß sich das deutsche Kunstöl den Abmachungen der internationalen Erdölindustrie, die bekanntlich die Einschränkung der Erzeugung mit dem Ziel einer Preisstabilisierung vorsehen, eingefügt hat. Nach den vorliegenden Meldungen handelt es sich jedoch weniger um die Herstellung von Kunstöl aus Kohle, als um die Benützung eines Verfahrens zur Herstellung von Benzin aus Rohöl nach dem Hydrierungsprozess, das eine höhere Ausbeute als die bisherigen Verfahren gewährleistet und den Abfall von schwer absetzbarem Heizöl verringert. Die Hydrierung von Braunkohle in Amerika, wie sie im Leunawerk durchgeführt wird, kommt wohl in Amerika zunächst nicht in Betracht.

Mit dem nun in London zustande gekommenen neuen internationalen Röhrenkartell ist tatsächlich ein Weltkartell gegründet worden, denn es erfolgte nicht nur der Beitritt Englands, sondern auch Nordamerikas und Kanadas, so daß nur mehr Schweden und Japan als Außenstehende bleiben. Bisher bestand (seit Herbst 1926) lediglich ein kontinentaler Röhrenverband, dem außer Deutsch-

land und der französisch-belgischen Gruppe, die Tschechoslowakei, Polen sowie ein ungarisches Werk angehört. Die neuen Abmachungen laufen bis 1935, sie setzen auf Grund der Exportziffern bestimmte Quoten, jedoch lediglich für die Ausfuhr, nicht für den Inlandabsatz fest, die während der ganzen Laufzeit unter Vereinbarung von Konventionstrafen (je Tonne 1 Schilling) nicht überschritten werden dürfen. Daneben wurden Mindestpreise festgesetzt. Die deutsche Industrie, die 1928 für 137 Millionen Röhren exportierte (1927 für 116 Mill.), dürfte bei der Quotenfestsetzung günstig abgeschnitten haben. Die Abmachungen beziehen sich nur auf Gas- und Wasserröhren sowie Röhren für Ableitungen. Im Inland ist der Röhrenverband freilich noch nicht zur Ruhe gekommen, da einmal Krupp ein Röhrenwerk projektiert und anscheinend Außenleiter bleiben will, und da außerdem die Präzisionsröhrenindustrie gefordert vorgehen will und ein gemeinsames Röhrenwerk plant, das auch Gas- und Siederöhren herstellen soll.

Von weiteren Fortschritten in der internationalen Kartellierung der Eisenindustrie hört man nichts, außer, daß sich die Amerikaner mit dem Gedanken auch des Beitritts zum europäischen Schienenkartell tragen sollen. Dieses ist komplizierter aufgebaut als das Röhrenkartell, dessen Konstruktion infolge der geringen Anzahl der in Betracht kommenden Betriebe auch einfacher war. Das Schienenkartell, das bisher nur europäische Länder umfaßt (seit März 1926), besteht aus drei Gruppen zu je zwei Ländern. Deutschland teilt sein Kontingent mit Frankreich. Das Saargebiet darf 50 Proz. seiner Produktion nach Deutschland, 25 Proz. nach Frankreich liefern. Das Kohlenkartell (seit Oktober 1926) ist ein kontinentaler Verband. In ihm hat Deutschland 43,5 Proz. der Erzeugung als Quote, Frankreich 13,19 Proz., Belgien 12,56 Proz., Luxemburg 8,5 Proz., Saar 5,25 Proz. Die deutsche Stahlindustrie hat hier schon erhebliche Konventionstrafen zahlen müssen, da für jede die Quote überschreitende zur Ausfuhr gelangende Tonne 4 Dollar in eine gemeinsame Kasse zu zahlen sind, die andererseits wieder für jede an der Quote fehlende Tonne 2 Dollar Prämie vergütet.

Die Konzentration im Waggonbau ist in zweifacher Hinsicht weiter gediehen. Die Verhandlungen zwischen der Fuchs-Waggonfabrik A.-G. Heidelberg und den Gebr. Schöndorff A.-G. in Düsseldorf hatten das Ergebnis, daß die Sanierung von Fuchs, wenn die Verfahrensgläubiger zustimmen, gesichert ist. Nach dem neuen Vergleichsvorschlag, über den bis zum 29. April die Entscheidung zu fallen hat, sollen bekanntlich die Großgläubiger nur 30 Proz. erhalten. Der Heidelberger Betrieb wird dann als Waggonfabrik aufrechterhalten, soll aber auch mit dem Bau von Holzgeräten (für Büros, Warenhäuser, Schiffe usw.) beschäftigt werden, um hierin das Abgabegeld der Gebr. Schöndorff in Süddeutschland zu vergrößern. Außerdem sind die Verhandlungen von Schöndorff mit der Norddeutschen Waggonfabrik A.-G. in Bremen, deren Stilllegung als Waggonbauanstalt in Aussicht genommen ist, soweit gediehen, daß die Fusion gesichert erscheint.

Schöndorff schlägt zu diesen Zwecken seiner Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals um 3,2 Mill. auf 7,2 Mill. vor. 1,82 Mill. sollen zur Sanierung von Heidelberg dienen, dessen Kapital im Verhältnis 10 : 1 zusammengelegt und dann auf 2 Mill. erhöht wird. Der Rest soll zur Übernahme der Norddeutschen Waggonfabrik verwendet werden. Daraus geht hervor, daß auch für die neue Transaktion der Abschluß des Heidelberger Vergleichs Vorbedingung ist. Eine Nachricht über Verhandlungen von Schöndorff mit der Waggonfabrik Rastatt, um deren Quote von 1,1 Proz. nach Heidelberg herüberzunehmen, wurde dementiert. Doch wird eine Teilung des Fabrikationsprogramms zwischen beiden badischen Waggonfabriken, dergestalt, daß nur eine den Waggonbau fortführt und die andere sich auf Straßenbahnwagen usw. beschränkt, weiter befürwortet.

### Der Reichsrat

beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Entwurf eine umfassende, systematische Aktion von organisch ineinandergreifenden Hilfsmaßnahmen vorsieht. Die Maßnahmen erstrecken sich vorwiegend auf eine Behebung der landwirtschaftlichen Not. Die Vollversammlung nahm die Vorlage einstimmig an.

Der Reichsrat genehmigte weiter eine Verordnung über die hinteren Leuchtzeichen der zweirädrigen Kraftfahrzeuge sowie der Fahrräder. Durch die Verordnung soll die hintere Beleuchtung der betreffenden Fahrzeuge zwangsweise eingeführt werden. Es sollen auch Leuchtzeichen zugelassen werden, die nicht durch eigene Kraft leuchten, sog. „Rückstrahler“, für die eine Typifizierung vorgegeben ist.

Genehmigt wurde der Gesetzentwurf über weitere Hinausschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte. Die Hinausschiebung ist notwendig geworden, weil das Steuervereinfachungsgesetz noch nicht zustande gekommen ist.

Beim Gesetzentwurf über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen handelt es sich im ganzen für 1929 um rund 50 Millionen Reichsmark Zuschüsse, 20 Millionen Darlehen, 79,5 Millionen Garantien und evtl. Vorschüsse auf garantierte Anleihen bis zu 67,5 Millionen Reichsmark. Die Ausführung der Maßnahmen übernimmt Preußen im Benehmen mit der Reichsregierung.

Diäten zurückzahlen! Die Nichtigkeitserklärung der letzten sächsischen Landtagswahlen hat noch eine unvorhergesehene Situation geschaffen: Die Abgeordneten müssen nach einem Beschluß des bisherigen Landtagspräsidiums die ihnen bereits Ende März vorausbezahlten April-Diäten wieder zurückzahlen.

## Der kleine Grenzverkehr zwischen Deutschland und Frankreich

Unterzeichnung eines Abkommens in Paris

In Paris wurde am Donnerstag ein deutsch-französisches Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet. Durch dieses Abkommen, welches das Ergebnis längerer Verhandlungen zwischen beiden Regierungen darstellt, werden die an der deutsch-französischen Grenze bestehenden Schwierigkeiten in bezug auf den Verkehr von Personen und Waren beseitigt. Das Abkommen umfaßt 43 Artikel, ein Zeichnungsprotokoll und zahlreiche Anlagen, in denen alle die für die Erleichterung des Personen- und Warenverkehrs zwischen den beiderseitigen Grenzbezirken notwendigen Bestimmungen enthalten sind. Von Bedeutung ist die Verschaffung einer besonderen Grenzkarte, auf Grund derer die Vorteile aus dem Abkommen in Anspruch genommen werden können.

Aus dem Inhalt seien ferner erwähnt die Erleichterungen über den Personenverkehr zwischen den beiderseitigen Grenzbezirken in einer Breite von durchschnittlich zehn Kilometer, die Einrichtung eines zollfreien Warenverkehrs zwischen den Grenzbezirken für bestimmte Erzeugnisse aus diesen Bezirken. Diese Vergünstigungen sollen den Grenzwohnern die Bewirtschaftung ihrer in den benachbarten Grenzgebieten gelegenen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücke ermöglichen. Ferner ist die zollfreie Einfuhr gewisser Gegenstände zum täglichen Bedarf aus den anderen Grenzbezirken geregelt.

Schließlich sind im Interesse der arbeitenden Bevölkerung der beiderseitigen Grenzbezirke Sonderbestimmungen zur Regelung des Grenzverkehrs industrieller und landwirtschaftlicher Arbeitnehmer vorgesehen. Diesen soll insbesondere die Möglichkeit gegeben werden, Arbeitsmittel für ihren Bedarf von und nach der Arbeitsstätte mitzunehmen. Auch die steuerliche Behandlung der Arbeitnehmer hat eine Regelung gefunden, die eine Doppelbesteuerung ausschließt. Außerdem sind für einige in der Nähe der Grenze gelegene Städte Erleichterungen für die reibungslose Abwicklung des Autobus- und Straßenbahnverkehrs über die Grenze hinaus vorgesehen.

## Aus dem Reichstag

Silberding über die Finanzlage — Reform der Arbeitslosenversicherung

Im Reichstag gab am Donnerstag die zweite Beratung der von den Regierungsparteien eingebrachten Vorlage auf Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung um 200 Millionen des Reichsfinanzministers Dr. Silberding Gelegenheit zu einer kurzen Darstellung unserer Finanzlage.

Der Minister machte kein Hehl daraus, daß diese Lage im Augenblick recht kritisch sei. Das Massenheißt, das die Ursache der Vorlage der Regierungsparteien bildet und das auch schon zur Kreditanbahnung bei Privatbanken geführt hat, sei durch die starken Anforderungen der Arbeitslosenversicherung hervorgerufen, die ihrerseits wieder durch die mit dem abnorm langen und kalten Winter verbundene Steigerung der Arbeitslosigkeit in Schwierigkeiten geraten sei. Die Grundursache der jetzt so ungünstigen Finanzlage liege aber in der Ausgabenpolitik, die der Reichstag in den Jahren 1926 und 1927 getrieben habe, wo man nicht an die nötige Deckung und nicht an das kommende Notjahr 1929 gedacht habe.

Dr. Silberding erklärte, die Regierung bereite einen Entwurf zur Reform der Arbeitslosenversicherung vor. Sie sei bemüht, eine ordnungsmäßige Staatswirtschaft zu sichern, aber sie mühe auch vor Übertreibungen warnen und den Versuch zurückweisen, durch das falsche Gerücht von Reichsanleihe und drohender Inflation die Wirtschaft und das Reich zu schädigen.

Die Vorlage wurde nach kurzer Aussprache in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung soll am heutigen Freitag stattfinden.

Die zweite Lesung des Staats wurde dann beim Haushalt des Arbeitsministeriums fortgesetzt.

Von den Deutschnationalen sprach der Abg. Dr. Haslacher, der den Standpunkt der Wirtschaft dahin erläuterte, daß auch die Unternehmerschaft grundsätzlich für eine gesunde Sozialpolitik sei, aber eine Erhöhung der Soziallasten über das jetzige Maß hinaus als unerträglich empfinde. Die Sozialversicherung müsse mehr das Prinzip der Selbstverantwortung betonen und nicht immer auf die Reichskasse zurückgreifen. Dagegen notwendig sei vor allem eine Reform der Arbeitslosenversicherung.

Nach diesem Redner wurde die Weiterberatung auf Freitag 3 Uhr vertagt, weil die Fraktionen Sitzungen hatten, in denen sie sich vorwiegend mit der Reform der Arbeitslosenversicherung beschäftigten.

## Sozialdemokratische Arbeitslosenversicherung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Wiffel und des Reichsfinanzministers Silberding mit der Arbeitslosenversicherung.

Nach mehrstündiger Aussprache wurde die Meinung der Fraktion dahin festgelegt, daß sich die Arbeitslosenversicherung im allgemeinen gut bewährt und dazu beigetragen habe, die Massenarbeitslosigkeit des letzten Winters zu überleben. Die Fraktion halte einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung weder für geeignet, die Finanznot des Reiches zu beseitigen, noch für sozial und wirtschaftspolitisch tragbar. Um die Arbeitslosenversicherung für ihre weitere Tätigkeit ausreichend zu finanzieren, sei die Fraktion bereit, einer notwendigen und befristeten Beitragserhöhung zuzustimmen. Sie sei zur Beseitigung von Mißständen bereit. Vorschläge für deren Beseitigung sollen durch eine aus Sachverständigen des Parlaments und der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen bestehende Kommission erfolgen. Weiter schlug die Fraktion die Fortführung der Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit vor.

Das Branntweinmonopol im Steuerausfluß. Im Steuerausfluß des Reichstages begann die Beratung der von den Regierungsparteien beantragten Novelle zum Branntweinmonopolgesetz. Die Vertreter dieser Parteien erklärten sich mit der Vorlage einverstanden, doch machte das Zentrum seine Zustimmung noch davon abhängig, daß Sicherungen für die kleinen Abfindungsbrenner, namentlich in Baden, geschaffen würden. Die Deutschnationalen erklärten die Vorlage für untragbar, und zwar sowohl im Interesse des Gewerbes wie der landwirtschaftlichen Weinrenten des Ostens, die Kommunisten lehnten sie als Klassensteuer überhaupt ab.

Der 1. Mai und das Berliner Stadtparlament. Am Mittelpunkt der Berliner Stadtparlamentssitzung stand am Donnerstag die Feier des 1. Mai. Wie zu erwarten war, gerieten die Gemüter heftig aneinander. Die Anträge der Kommunisten, die die Aufhebung der Demonstrationsverbote, Schließung der Schulen, Arbeitsruhe in den städtischen Büros und Beflaggung der städt. Gebäude mit roten Fahnen verlangten, wurden abgelehnt.

## Kurze Nachrichten

Für eine Reichswahlreform. Die demokratische Reichstagsfraktion hat den Fraktionsvorstand beauftragt, auf Grund des von den Abg. Dr. Rütz und Rasche vorgelegten Entwurfes zur Wahlreform die Angelegenheit im interfraktionellen Ausschuss des Reichstages zu gegebener Zeit zur Sprache zu bringen.

Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums. In der Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums, die am 21. April in Essen stattfand, wurde in Aussicht genommen, den Reichsparteiausschuss zu einer Sitzung auf den 2. Juni einzuberufen. In dieser Sitzung sollen laut „Germania“ wichtige politische Fragen erörtert werden.

Eine Rede vor leeren Bänken. Ein Vorfall, der, wie das „D. L.“ erklärt, die Notwendigkeit einer vernünftigen Parlamentsreform drastisch beleuchtet, ereignete sich am Donnerstag im preussischen Landtag. Der kommunistische Abg. Beder hielt seine Rede, aber nicht ein einziger seiner Parteifreunde war im Saale. Was den Kommunisten recht ist, ist natürlich den übrigen Parteien billig. Herr Beder blieb allein mit dem Landtagspräsidenten und den Schriftführern im Saal und es dauerte erst geraume Zeit, bis vier Kommunisten sich bereit fanden, ihrem Gefinnungsgenossen ein williges Ohr zu leihen.

Josef Rejzer †. Josef Rejzer, der Rektor unter den deutschen Schauspielern, ist, 84 Jahre alt, in Berlin gestorben. Mit ihm, dem Heldenpieler der Weininger und gefeierter Darsteller des Berliner Königl. Schauspielhauses, ist ein gut Stück Theatergeschichte zu Ende.

Im Tarifstreit der sächsischen Metallindustrie wurde in einem vereinbarten Schlichtungsverfahren ein Schiedsspruch gefällt, der eine Neuregelung der Löhne bis zum 30. Juni 1930 vorsieht. Das Lohnabkommen und der geänderte Manteltarif treten am 1. April 1929 in Kraft und können erstmalig zum 30. Juni 1930 gekündigt werden. Die Erlösungsfrist für diesen Schiedsspruch läuft bis Dienstag, den 30. d. M.

Das österreichische Bundeskanzleramt. Nachdem nun auch Landesrat Dr. Mittelberger die Übernahme des Kanzleramtes abgelehnt hat, einige sich der Christlichsozialen Abgeordnetenklub auf einen neuen Kandidaten. Es soll sich um den Abg. und Kurator der Niederösterreichischen Landeshypothekbank, Ernst Streuterwig, handeln, der schon früher für den Posten des Finanzministers genannt worden war.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey verließ Donnerstagabend wieder Berlin, um sich zunächst nach Rom zu begeben.

Deportation der Schweizer Conception. Wie aus Mexiko gemeldet wird, wird die unter der Anklage der Teilnahme an der Ermordung des Präsidenten Obregon nach 20 Jahren Gefängnis verurteilte Ordensschwester Conception nach der Strafkolonie Las Tres Marias deportiert werden, die als das mexikanische Gegenstück der Trepfinsel bezeichnet zu werden pflegt.

## Rückkehr des „Graf Zeppelin“

In 57 Stunden 5500 Kilometer

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Donnerstagabend gegen 11 Uhr nach 57stündiger Fahrt und Zurücklegung von 5500 Kilometern, wieder in Friedrichshafen gelandet. Die nächtliche Landung gestaltete sich zu einem Schauspiel von außerordentlicher Schönheit. Am dem Luftschiff die Orientierung zu erleichtern, hatte man neben einem Scheinwerfer alle verfügbaren Lichtquellen in Tätigkeit gesetzt. Bei der beschränkten Landungsfläche und den Ausmaßen des Schiffes eine Bravourleistung der Besatzung. Um 10.45 Uhr hatte die Große Halle den „Graf Zeppelin“ wieder aufgenommen. Die Passagiere, die sich über die Fahrt begeistert äußerten, begaben sich, wie auch Dr. Eckener, sofort in bereitstehenden Kraftwagen in ihre Quartiere.

Aber die Rivierafahrt berichtet ein Teilnehmer: „Nach Überquerung des Golfe du Lion grüßen uns im frischen Mistral die weißen Schaumkrone der See aus leuchtendem Blau. Nachdem wir am Donnerstag um 8 Uhr morgens die östlichen Inseln erreicht hatten, segelten wir in 1000 Meter Höhe längs der Riviera. Cannes und Nizza haben wir passiert, Monaco liegt unmittelbar vor uns. Aus der Höhe überblicken wir die ganze Perlenkette der berühmten Orte des sonnigen Tales bis San Remo. Die Stimmung an Bord ist ausgezeichnet, zumal da die Verpflegung nichts zu wünschen übrig läßt. Die Fahrt wurde hinter San Remo abgebrochen. Die Rückfahrt vollzieht sich in ganz geringer Höhe über den Häusern und Villen an der Küste. Menschen grüßen herauf. Bei Nizza wurden Flaggengrüße mit englischen Kriegsschiffen getauscht. Das Rhonetal wurde bei Avignon wieder erreicht. Um 16 Uhr war das Schiff über Valence.“ — Das Luftschiff kreuzte nachmittags 5.30 Uhr in geringer Höhe bei sehr schönem Wetter über Lyon und überflog um 6 Uhr Bourg-en-Bresse, wo ein Flugzeug ihm das Geleit gab. Abends schlug das Luftschiff nordöstlichen Kurs ein. 8.20 Uhr abends wurde Biel überflogen.

## Neuer Segelflugklub Rehrling an der Bergstraße

Der bekannte Segelflieger Rehrling von der Darmstädter Akademischen Fliegergruppe startete am Donnerstagmittag um halb 3 Uhr in Franzenstein bei Malchen. Nach zweimaligem Start gelang es Rehrling, mit seinem Flugzeug „Darmstadt“ bei 8—9 Sekundennometerwind genügend Höhe zu bekommen und die Bergstraße entlang bis Heidelberg zu gelangen, das er in 1200 Meter Höhe überflogen konnte. Leider gelang es ihm auch diesmal nicht, über das dann folgende, wegen des weit zurücktretenden Gebirges wenig Auftrieb erzeugende Loch, in die Ausläufer des Schwarzwaldes zu gelangen. Er landete um halb 4 Uhr in der Nähe von Ubstadt bei Bruchsal. Die zurückgelegte Strecke beträgt in der Luftlinie etwa 72 Kilometer. Rehrling ist etwa 2 Kilometer weitergefliegen, als bei seinem ersten Flug, den er in der gleichen Gegend beendet. Rehrling hat damit einen neuen Streckenrekord aufgestellt.

## Kleine Chronik

In einem großen Hotel in London wurden von unbekanntem Täter an einem Zimmer Schmuckstahl in Werte von 50 000 Pfd. Sterling (1 Million Reichsmark) entwendet. Eigentümerin des geraubten Gutes ist die Gattin des Margarine-millionärs Anton Jürgens.

Infolge der Spekulation steigen — wie aus Moskau berichtet wird — die Preise der Waren ins Unheimliche. So stiegen die Lebensmittelpreise in Leningrad in den letzten Tagen um 60 bis 70 Proz. Auch andere Städte haben ähnliche Steigerungen aufzuweisen. Alle Gegenmaßnahmen der Regierung sind bisher erfolglos geblieben.

Mittel- und Südgeorgien wurden Donnerstagabend von einem Wirbelsturm heimgesucht. Nach den letzten Meldungen sind 60 Personen getötet und 100 verletzt worden.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

### Ausschuss für Gesuche und Beschwerden

Am Donnerstag trat der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden zusammen und erledigte eine größere Zahl von Gesuchen, die im allgemeinen ihres sachlichen oder formellen Inhalts wegen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden konnten.

Besonders bei zwei Gesuchen handelt es sich um die grundsätzliche Frage, ob die Regierung veranlaßt werden soll, den Gesuchsteller ohne Nachweis des normalerweise geordneten Bildungsganges zu einer Prüfung zuzulassen, die diesem eine höhere Berufstätigkeit ermöglicht. Von sozialdemokratischer und von Zentrumseite wurde diese Frage prinzipiell bejaht. Man hob hervor, daß bei Anerkennung der Notwendigkeit eines Examen zur Werbung der Berufsmöglichkeit nicht die vorbereitende staatliche oder gemeindliche Schulung, sondern in erster Linie der examensmäßige Nachweis der erforderlichen Berufskennntnisse in Betracht kommen dürfe. Die Gefahr, daß dadurch der regelmäßige Bildungsgang nicht eingehalten werde, konnte von den Rednern nicht anerkannt werden, da nur in Ausnahmefällen das besonders hohe Examenwissen auf sich genommen werde. Regierungseitig trat man allerdings dieser Auffassung entgegen, die von einem Redner der demokratischen Fraktion unterstützt wurde. In der augenblicklichen pädagogischen Literatur spielt gerade diese Frage eine besondere Rolle.

Ein anderes Gesuch um Wiederbenutzung im Staatsdienst führte zur Besprechung eines bestimmten Abbauprogramms im Staatsdienst. Der Gesuchsteller, der sich zur Zeit des Abbaues in einem Angestelltenverhältnis zum Staatsdienst befand, wurde in einer geheimen Sitzung seiner Kollegen nicht zugehört wegen seines außerdienstlichen Verhaltens als abbaureif bezeichnet. Das geringe außerdienstliche Verhalten bestand darin, daß er nach Ansicht seiner Kollegen die Erfordernisse des Standesunterschiedes niedriger gestellter Personen der Anstalt gegenüber nicht eingehalten hat. Dieser Mangel stand in Widerspruch zum Zeugnis, das der Direktor des Staatsdienstamtes dem Gesuchsteller ausgestellt hatte. In der Aussprache wurde die Mißbilligung über eine derartige geheime Aburteilung ausgesprochen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Selbstverwaltungsberechtigten des Staatsdienstamtes, die ähnlich wie bei einer Hochschule ausgebildet wurden, nicht einer sofortigen Revision bedürfen. Der Ausschuss beschloß, das Gesuch der Regierung in dem Sinne zur Kenntnis zu überweisen, daß die Wiederbenutzung des Gesuchstellers nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen vorgemerkt und im Falle eines Notfalles eine staatliche Beihilfe gewährt wird.

### Reichswehrübungen in Baden

In der Zeit vom 21. April bis zum 10. Mai werden Teile der Artillerieschule Jüterbog im badischen Frankenland militärische Übungen abhalten.

### Aus der badischen Industrie

Der Rahmenvertrag für die Arbeiterkassen der Metallwerke in Singen a. S. wurde seitens der Firma genehmigt. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zwecks Schaffung eines neuen Vertrages fanden am Dienstag statt. Der am 4. Mai ablaufende Lohnvertrag wurde am Samstag voriger Woche von den Gewerkschaften ebenfalls genehmigt. Die Lohnanforderungen sind der Firma bereits unterbreitet.

### Aus der badischen Landwirtschaft

Spargelmarkt in Hohenheim. In der breiten Öffentlichkeit war bisher nur wenig die Tatsache bekannt, daß die Feldgemarkung der Stadt Hohenheim (Baden) jährlich mehr als 2000 Zentner Spargel liefert, die seither unter dem Namen „Schwäbinger Spargel“ in den Handel gebracht wurden. Die ganz besondere Qualität, die große Ernte und die Interessen des Handels zwingen zur Organisation des Verkaufsgeschäfts. Die Stadtverwaltung hat deshalb einen speziell „Hohenheimer Spargelmarkt“ eingerichtet, auf dem zunächst die Hausfrau, dann aber auch der Handel seinen Bedarf in besten Sorten voll und zu angemessenen Preisen decken kann. Eine besonders bestellte Marktkommission überwacht streng die zum Verkauf gestellte Ware, um jegliche Schädigung des Käufers zu verhindern. Der Markt findet statt: An Werttagen jeweils nachmittags von 6 bis 8 Uhr, an Samstagen und an Tagen vor gesetzlichen Feiertagen jeweils noch vormittags von 11 bis 12 Uhr, an Sonn- und Feiertagen jeweils nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

### Gemeinderundschau

#### Die Wasserversorgung von Neustadt im Schwarzwald

Die alten, in Ausnutzung befindlichen Wasserquellen genügen längst nicht mehr für die an Einwohnerzahl und Wohnungszahl gewachsene und immer weiter wachsende Stadt. Einen Verlager gab es sogar dieses abnormen Winters in der Wasserzufuhr, so daß die Wasserpumpe des Werkes Hölzlebrud in Anspruch genommen werden mußte. Nun hat der Gemeinderat die Hilfe des als Autorität geltenden Stadtbaumeisters Spengler von Singen a. S. in Anspruch genommen. Dieser hat bei einer mit dem Gemeinderat vorgenommenen Besichtigung des für neue Wasserquellen in Betracht kommenden Gebietes um Neustadt mit seiner Mänselströme an der hinteren „Fähren“ beim Widertsbad eine Quelle festgestellt, die, sobald richtig gefaßt, eine Ergiebigkeit von acht Sekundenliter und mehr haben dürfte und die Versorgung der Oberstadt sicherstellen würde. Ferner wurde auf der „Höllwiese“ eine Menge Quellwasser festgestellt. Vier Quellströme liegen nebeneinander, die sich zirkel 200 Meter östlich beim Bohrlöcher zu zwei Strömen vereinigen und, wenn gefaßt, auf eine Ergiebigkeit von 15 Sek. Liter rechnen lassen. Die Fassung der Quelle an der „Fähren“ wird mit verhältnismäßig geringen Kosten verbunden sein.

Städtische Radiosteuer in Rehl. Der Gemeinderat Rehl hat beschlossen, daß die Besitzer von Radioanlagen, die zur Erhellung von Luftströmungen städtische Grundstücke überqueren müssen oder städtische Gebäude in Anspruch nehmen, den Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker entsprechen müssen. Der Stadt ist eine jährliche Entschädigung von 3 RM zu bezahlen. Wird dieselbe verweigert oder nicht bezahlt, so ist die Anlage zu entfernen.

Aber die Entwicklung der Bezirksparafine Donauinsingen im ersten Vierteljahr 1929 geben nachstehende Zahlen Aufschluß: Die Spareinlagen haben sich von 3568 000 RM am 1. Januar um 295 000 auf 3863 000 RM am 1. April erhöht. Durch Ausfertigung von 484 neuen Sparbüchern ist die Anzahl der Sparkonten auf rund 5500 Stück gestiegen. Auch die Nachfrage nach Hypotheken- und sonstigen Darlehen hält dauernd an; das beweist am besten das Anwachsen der festen Darlehen um rund 180 000 RM auf 3 625 000 RM. Daß sich auch alle übrigen Geschäftszweige in erfreulich aufsteigender Richtung bewegen, geht aus der Erhöhung der Bilanzsumme von 4 688 000 RM per Ende Dezember 1928 auf 5 204 000 Reichsmark per März 1929 hervor.

## Aus der Landeshauptstadt

### Die Beisetzung des Präsidenten Jung

Unter zahlreicher Beteiligung wurde Donnerstag mittag der so unterworfene verstorbene Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden, Julius Jung, beigesetzt. Erschienen waren u. a. der badische Staatspräsident Dr. Schmitt, Ministerialdirektor Föhrenbach, Minister Leers, Bürgermeister Sauer, zahlreiche Beamte der Ministerien, der Landes- und der Reichsbehörden, der Vorstand und der Verwaltungsausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden, der württembergischen und pfälzischen Versicherungsanstalt, der medizinischen Fakultäten von Freiburg und Heidelberg, der Wohlfahrtsverbände und anderer Vereinigungen. Die Kapelle des Friedhofes reichte nicht aus, um die große Zahl der Teilnehmer zu fassen. Den Sarg deckten viele Kränze und Blumenpendeln.

Nach erfolgter Einsegnung sprachen sodann: Oberregierungsrat Kausch für die Landesversicherungsanstalt Baden, Oberrechnungsrat Wunderle für das Sekretariat des Vorstandes der Anstalt, Oberinspektor Hertentien für die Beamten und Angestellten, Oberregierungsrat Krog für das Landesversicherungsamt, Baden, Landtagsabgeordneter Gengler, Stuttgart, für den Reichsverband Deutscher Landesversicherungsanstalten, Oberregierungsrat Kohlmeier für die höheren Verwaltungsbeamten, Dr. Fischer, Karlsruhe, für die Gesellschaft für soziale Hygiene, Prof. Bergmann, Abg. Bauer für die Deutsche Volkspartei und andere. Alle Redner hoben die große Bedeutung des Verstorbenen im Kampfe um die Beseitigung der Schäden des heutigen Arbeitsprozesses, um die Heilung von Krankheiten und Milderung der sozialen Abstände hervor. Sie betonten vor allem auch seinen Fleiß und seine große Arbeitskraft, die er unermüdet in den Dienst der Landesversicherungsanstalt Baden gestellt habe. Dierauf erfolgte die Überführung der sterblichen Überreste des Präsidenten Jung nach der Grabstätte des Karlsruher Friedhofes.

### Vor der Eröffnung der 2. Süddeutschen Gastwirtekonferenz

Wir stehen jetzt unmittelbar vor einem Ereignis, das in seiner Gesamtauswirkung der Stadt Karlsruhe für die nächsten 10 Tage das Gespräch geben wird. Das gesamte Süddeutsche Gastwirtsnetzwerk unter Führung Badens ist bemüht, eine Probe seines Leistungsvermögens zu geben. Der Gelegenheitsgast hat in den letzten Tagen das unmittelbare Werden dieser Veranstaltung zu beobachten, mußte erpant sein über die Fülle des Bietens, das hier dem Besucher geboten werden wird. In reuellem, ehrbarem Wettbewerb um Qualitätsleistungen liegen alle Zweige unseres Wirtschafens. Man erkennt schon in kleinen, welcher Bietensfülle das Gastwirtsnetzwerk unterworfen ist. Ganz besonderes Interesse, vornehmlich für die Hausfrau, dürften die Kunstwerke der Abteilung Kochkunst erregen. Meister und Lehrlinge sind hierbei im Begriff, Spitzenleistungen ersten Ranges zu bieten.

So wird sich jeder Besucher der Süddeutschen Gastwirtekonferenz in Karlsruhe davon überzeugen können, welche Bedeutung das Hotel- und Gastwirtsnetzwerk heute hat. Diese Erkenntnis den breitesten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen, war schon zu Anfang das Streben des Badischen Gastwirtsverbandes, als dem Leiter und Organisator dieser Veranstaltung, der mehrere Eintrittspreise, eine Preisermäßigung für Kinder und Kleinrentner, gibt sicherlich weitesten Kreisen Gelegenheit zum Besuch. Nachdem am Samstagvormittag eine interne Eröffnungsfeierlichkeit in Anwesenheit offizieller Persönlichkeiten stattgefunden haben wird, werden von 2 Uhr nachmittags an die Porten der Halle für jedermann zugänglich sein. Die Ausstellungshalle ist während der Wirtsdauer durchgehend von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Auszeichnung. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Bauingenieurwesen Herrn Dr.-Ing. e. h. John A. Freeman in Providence, Rhode Island, U.S.A., Altpräsident der American Society of Mechanical Engineers, in Anerkennung seiner führenden Tätigkeit als selbstständiger Ingenieur und hervorragender Forscher sowie wegen seiner Verdienste um die Hebung des wasserbaulichen Versuchswesens durch internationale Zusammenarbeit die Würde eines Ehrenbürgers verliehen.

Ganbelschulungskursus—Beamtensschulungskursus. Vom 22. April ab werden die Rechtsvorlesungen nachgeholt, welche im Wintersemester wegen Krankheit des Dozenten ausfallen mußten. Am 25. April beginnt das Sommersemester. Dienstag liest Senatspräsident Dr. Lewis über Sachenrecht, in Fortsetzung seiner Vorlesungen über Bürgerliches Recht. Donnerstag wird Industrie- und Gewerbespolitik von Professor Dr. Behre behandelt. Diese Vortragsreihe dürfte außer für Kaufleute und Beamte wohl auch für Handwerksmeister von Interesse sein, weil auch die Kleinverwerberpolitik mit besprochen wird. Über Kreditgeschäfte, Risiko und Zahlungsverträge spricht Handelschulungsleiter Dr. Kallert. Diese mehr fachwissenschaftlichen Vorträge werden durch eine allgemein bildende Vortragsreihe ergänzt, in welcher Professor Dr. Drews eine Einführung in die Philosophie geben wird.

Neue Wohlfahrtsbriefmarken. Der Reichsarbeitsauschuss der Deutschen Rothilfe hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß der Ertrag der diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken, die am 1. November 1929 ausgegeben werden, in erster Linie zur Kräftigung der Jugendverwendung finden soll. Es sind wieder fünf Marken im Frankierungswert 5, 8, 15, 25 und 50 Pf. vorgesehen. Auf den Marken kommen die Wappen von Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe zur Darstellung. Die Serie der deutschen Ländermarken wird mit der diesjährigen Ausgabe beendet. Vielfachen Wünschen entsprechend soll der Wohlfahrtsauschuss ermächtigt werden. Wie bereits mitgeteilt, verlieren die Wohlfahrtsbriefmarken von 1928 mit dem 30. April ihre postalische Gültigkeit.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, dem 30. April, findet ein einmaliges Ensemble-Gastspiel des Berliner „Meinen Theaters“ mit dem Lustspiel „Trio“ des auch bei uns vortrefflich bekannten Lustspieltheaters Leo Lenz statt. Ein erhöhtes Interesse gewinnt diese Erstaufführung noch dadurch, daß die führende männliche Rolle des „Ralph“ von Curt Goetz dargestellt wird, dem ausgezeichneten Darsteller eleganter weltmännischer Liebhaber, der sich auch als Verfasser zahlreicher Romane, wie der hier mit großem Erfolg aufgeführten „Seitensprünge“ und „Goluspotus“ einen bedeutenden Ruf als Bühnenschriftsteller erworben hat.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Umhüllung der Wetterlage hat gestern weitere Fortschritte gemacht. Das ursprünglich über Nordwesteuropa gelegene Hochdruckgebiet ist ganz nach Südwesten auf den Ocean zurückgewichen, so daß den atlantischen Zyklogen der Durchzug südlich von Island offensteht und Warmluft aus südlichen Breiten zu uns gelangen kann. Kleine Randwirbel am Südwestende des nordwesteuropäischen Tiefdruckgebietes verursachen über Mittel- und Westeuropa noch Bevölkerung und streichweise auch Regen. Wetterausblick: Langsam fortschreitende Erwärmung, zeitweise heiter und vorwiegend trocken.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 26. April. Der durch den Mannheimer Beamtenbankprozeß bekannte Kassier Karl Friedrich Brauch stand gestern noch einmal wegen Urkundenfälschung, Betrugsversuch vor dem Großen Schöffengericht. Es handelte sich um die während des Prozesses erwähnte Urkunde vom 10. April d. J. Von dem Schriftsachverständigen wurde die Urkunde als gefälscht festgestellt. Der Name des verstorbenen früheren Direktors Reiminger war von dem Angeklagten daruntergezeichnet worden. Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren drei Monaten mit Einschluss der bereits erkannten Strafe von zwei Jahren.

D3. Pflüzingen (Amt Tauberbischofsheim), 26. April. Ein sehr verdienter Einwohner unseres Ortes, Josef Anton Dorn, feiert bei guter körperlicher und geistiger Rüstigkeit seinen 90. Geburtstag. Er war von 1880 bis 1892 Bürgermeister und hat sich um das Aufleben unseres Ortes sehr verdient gemacht.

ld. Sinsheim, 26. April. In Reichartshausen brach gestern nacht ein Brand aus, dem drei Scheunen und zwei Wohnhäuser zum Opfer fielen. Die Einwohnerschaft mußte mit allen Mitteln das Feuer bekämpfen, da eine organisierte Feuerwehr in Reichartshausen nicht besteht. Das Wasser mußte mittels einer Wasserleitung mit Säbeln und Eimern herbeigeschafft werden. Glücklicherweise herrschte Windstille. Die Brandgeschädigten sind nur zum Teil versichert. Die Brandursache ist nicht bekannt.

D3. Raumbüsch, 26. April. Gestern morgen verunglückte im hiesigen Bahnhof beim Rangieren der ausgangs der 40er Jahre stehende Eisenbahnbedienstete Dreger von Otzheim. Er wurde alsbald ins Krankenhaus nach Forbach verbracht, wo er schon am Nachmittag seinen schweren Verletzungen erlag. Frau und zwei unmündige Kinder trauern um ihren Ernährer.

ld. Offenburg, 26. April. Die Ortstrankenkasse Offenburg-Stadt hat durch ihren Ausschuss einstimmig beschlossen, sich mit derjenigen von Offenburg-Land zu verschmelzen.

D3. Konstanz, 26. April. Hier starb im Alter von 67 Jahren der Buchhändler Ernst Aldermann, der als Verleger und Schriftsteller wie auch als Sortimentler weit über seine Heimatstadt hinaus bekannt gewesen ist. 1927 konnte er sein 50jähriges Buchhändlerjubiläum feiern.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	26. April		25. April	
	Belb.	Brief	Belb.	Brief
Amsterdam 100 G.	169.31	169.65	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.60	112.28	112.50
Italien . . . 100 L.	22.095	22.135	22.06	22.10
London . . . 1 Pf.	20.452	20.492	20.439	20.479
New York . . . 1 D.	4.2135	4.2215	4.2110	4.2190
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	81.14	81.30	81.108	81.124
Wien 100 Schilling	59.19	59.31	59.14	59.26
Brag . . . 100 Kr.	12.475	12.495	12.465	12.485

Über die Wirkung der Diskonterhöhung auf den Geld- und Devisenmarkt berichtet die „Frankf. Ztg.“: Am Devisenmarkt trat am Freitag zunächst ein deutlicher Umschwung ein, trotzdem die Diskonterhöhung nicht unerwartet kam. Während bei einigen Banken immer noch der Nachfrage nach Devisen, zeigte sich bei anderen überwiegend Angebot, das schon vormittags auf den Kurs drückte. Die Dollarkurs wurde 4.2150 (4.2175), wobei die Reichsbank erstmals seit langem keine Devisen abzugeben brauchte. Andererseits nahm sie aber bemerkenswerterweise kein Material auf, so daß die schon erwähnte Kurssteigerung eintrat. Zu beachten bleibt jedenfalls, daß die inländischen Angebots durch die Geldmarktverknappung sicherlich eine Erschwerung erfahren werden, während andererseits die Notroquithaben der Banken im Ausland stärker denn je sein sollen. Ferner hört man, daß, wie schon seit etwa 14 Tagen, das Ausland Reichsbanknoten ungehindert von der politischen Entwicklung, in großem Umfang anbietet, wenn sich auch die hohen Kurse bisher nicht verbilligt haben. Auf jeden Fall ist zur Zeit von irgendwelchen ausländischen Rückschlüssen bedeutenden Umfanges nichts zu merken.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 21. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 82,7455 pence.

Vorstand-Zementwerk Diedesheim-Karlsruhe A.-G. Die zu der Portland-Zementwerke Heidelberg-Stuttgart-Mannheim A.-G. gehörende Portland-Zementwerk Diedesheim-Karlsruhe A.-G. weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 per 31. Dezember einen Verlust von 5071 RM aus. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung betrug der Überschuss 46 485 RM, wovon Unkosten 22 066 RM und Abschreibungen 29 500 RM beanspruchten. Der im Vorjahre erlittene Verlust von 95 887 RM wurde durch Kapitalaufammenlegung 2 : 1 von 200 000 auf 100 000 RM getilgt.

Abolf Sped A.-G., Zuderwarenfabrik in Karlsruhe. In der Generalversammlung wurden die Vorschläge des Aufsichtsrats genehmigt. Dem Reservefonds wurden 3000 RM überwiesen und die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. genehmigt. Der alte Aufsichtsrat wurde wiedergewählt.

Ullmengesellschaft für Papier- und Zellstoff (John Willkürs Verfahren). In einer in Karlsruhe abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, neben dem Verwaltungsrat einen Aufsichtsrat zu bestellen. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Prof. Dr. Höb, Karlsruhe, Goldsmith, London, Prof. Dr. Kuhn, Karlsruhe und Senator Bogel, Berlin. Der Präsident des Verwaltungsrates, Bankier Bruno Philipp, Berlin, berichtete ausführlich über Stand und Aussichten der Gesellschaft. Die mit Interessenten des In- und Auslandes laufenden Verhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf.

Maschinenfabrik Lorenz A.-G., Ettlingen. Das 8. Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928 erzielte einen Bruttogewinn von 130 284 RM. Dazu kommt Gewinnvortrag von 1927 mit 151 RM. Der Aufsichtsrat beantragt, von dem Bruttogewinn zu Abschreibungen zu verwenden 95 200 RM, ferner einem neu zu bildenden Reservefonds zuzuleiten 20 000 RM. Von dem Reingewinn von 15 146 RM sollen der ordentlichen Reserve 2500 RM überwiesen werden und die verbleibenden 12 646 RM auf neue Rechnung vorzutragen. Nach dem Bericht des Vorstandes hat das Jahr 1928 eine zufriedenstellende Beschäftigung gebracht. Die Belegschaft konnte gegen das Vorjahr um 52 Proz. erhöht werden. Leider war es nicht möglich, die dauernden Lohnsteigerungen durch angemessene Preiserhöhungen auch nur einigermaßen auszugleichen. Der Abschluß vom Fabrikationskonto liegt von 222 687 RM auf 283 071 RM, Handlungskosten, Steuern und Zinsen erhöht sich von 146 846 RM auf 162 786 RM. Die Firma ist in das Jahr 1929 mit reichlichen Aufträgen eingetreten. Die Generalversammlung findet am 29. April statt.

**Kleine Chronik**

In der Mars-Weißtischfabrik in Nürnberg ereignete sich am Donnerstagnachmittag eine schwere Explosion, bei der zehn Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden. In dem Unglücksfall waren 81 weibliche und zwei männliche Personen beschäftigt.

Die Berliner Kriminalpolizei ist durch einen Zufall auf die Spur einer Verbrecherbande gekommen, die aus dem Reich und aus Berlin selbst junge unerfahrene Mädchen in die Hände von Berliner Kupplerinnen zu bringen pflegte, die ihr Gewerbe unter der Firmierung „Sprachinstitut“ oder „Massagealon“ betreiben. Zwei derartige Unternehmungen, eines in dem Hause Friedrichstraße 246 und eines in der Winterfeldstraße 25, sind von der Kriminalpolizei mit großem Aufgebot ausgehoben worden. In beiden Häusern wurden minderjährige Mädchen festgestellt.

Die Diskontogesellschaft Berlin hat jetzt ihren ursprünglichen Standpunkt, den Saisinhadern jede Entschädigung bei dem Trefferbruch am Wittenbergplatz für geraubte Wertgegenstände abzuschlagen, aufgegeben. Sie hat sich mit einem Vergleich einverstanden erklärt, eine Entschädigung von 60 Proz. des erlittenen Schadens zu zahlen. Ein Teil der Geschädigten hat jedoch für die Höhe des ganzen Schadens einen Schadensersatzprozess angehängt.

Frau Lillian Arkell-Smith, die, wie sich vor einiger Zeit zum allgemeinen Erstaunen herausstellte, jahrelang sich als Offizier ausgegeben und den Namen „Oberst Barker“ angenommen hatte, wurde in London zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf intellektuelle Urkundenfälschung, die im Heiratsregister dadurch begangen war, daß sie in Brighton mit einer Frau eine „Ehe“ eingegangen war.

**Badisches Landestheater**

Zum Landestheater:

Spielplan vom 27. April bis 7. Mai 1929

Samstag, 27. April. \* A 24. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Zum ersten Male: *Deipus*. Von Sophokles. Bearbeitet von Hipmann. 20 bis 22 1/2 (5 M).

Sonntag, 28. April. \* G 24. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Die *Meisterfänger von Nürnberg*. Von Wagner. 17 bis 22 (8 M).

Montag, 29. April. Volkshöhle 4. *Nathan der Weise*. Von Lessing. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis nach 22 1/2 (5 M).

Dienstag, 30. April. Außer Rente: Einmaliges Gastspiel Curt Goetz mit seinem Ensemble: *Trio*. Lustspiel von Benz. 20 bis 22 1/2 (5 M).

Mittwoch, 1. Mai. \* C 24. *Vocaccio*. Komische Oper von Suppé. 19 1/2 bis geg. 22 1/2 (7 M).

Donnerstag, 2. Mai. \* D 25 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 101-200. *Lohengrin*. Von Wagner. 18 bis gegen 22 (7 M).

Freitag, 3. Mai. 9. Vorstellung der Schülermiete: *Sakuntala*. Schauspiel nach Kalidasa von Kornfeld. Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 18 1/2 bis 21 (5 M).

Samstag, 4. Mai. \* B 24. Th.-Gem. 1801-1850. *Deipus*. Von Sophokles. Bearbeitet von Hipmann. 20 bis 22 1/2 (5 M).

Sonntag, 5. Mai. 12. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: *Der Barbier von Bagdad*. Oper von Cornelius. 15 bis geg. 17 (4 M).

Abends: \* E 24. Th.-Gem. 2. S.-Gr. *Sternengebot*. Oper von Siegfried Wagner. 19 1/2 bis geg. 22 1/2 (8 M).

Montag, 6. Mai. \* Th.-Gem. 1-100 und 1401-1550. *Nathan der Weise*. Von Lessing. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M).

Dienstag, 7. Mai. \* G 24. Zum ersten Male: *Der Diktator*. Tragische Oper von Krenek. Hierauf: Zum ersten Male: *Das geheime Königreich*. Märchenoper von Krenek. Hierauf: Zum ersten Male: *Schwerkrieg oder: die Ehre der Nation*. Burleske Operette von Krenek. 20 bis 22 1/2 (7 M).

Zum Städtischen Konzerthaus:  
Sonntag, 28. April. \* Der Prozeß Mary Dugan. Amerikanische Schwurgerichtsverhandlung von Reiller. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).

Sonntag, 5. Mai. \* Zum ersten Male: *Das silberne Kaninchen*. Lustspiel von Möller. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).

In der städtischen Festhalle:  
Montag, 6. Mai. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte) und 1851 bis 1400. 10. Sinfoniekonzert. Leitung: Josef Strips. Solisten: Eise Blant und Magda Strad. Mitwirkende Chöre: Bachverein, Singchor und Hilfschor des Landestheaters; Mahler: 2. Sinfonie. 20 bis geg. 22 (4 M).

Umtausch für Inhaber von Blockfesten: Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Die Matrikel für Platzmiete kann vom 1. Mai bis 4. Mai an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters einbezahlt werden. Ab 6. Mai erfolgt Hauseinzug.

Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Friß Müller, Eise Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Kunststoffe des Vereines, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

**Steuerkursus**

Das lebhafteste Interesse, das unserem Steuerkursus im November v. J. entgegengebracht wurde, veranlaßt uns

**einen zweiten Steuerkursus**

am 27. 30. April und am 1. und 2. Mai

jeweils abends von 8 bis 10 Uhr in der **Handelskammer**, Karlsruh. 10, kleiner Sitzungssaal, Obergeschoß, abzuhalten.

Anmeldung erbeten. Teilnahme 30 RM.

**Bädische Treuhändgesellschaft**

Gegründet 1910 A.-G. Gegründet 1910

Erbprinzenstraße 31 **Telephon 4602**

504

**2. Süddeutsche Gastwirtsmesse**

verbunden mit großer

**KOCHKUNSTAUSSTELLUNG**

unter Mitwirkung des Internationalen Kochverbandes

**vom 27. April bis 7. Mai 1929**

in den Städt. Ausstellungshallen nebst Anbauten

Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 21 Uhr

**ERÖFFNUNG**

**Samstag, den 27. April 1929**

**nachmittags 3 Uhr**

Eintrittspreis 60 Rpf.

Kinder und Kleinrentner 40 Rpf.

496

**Badische Lichtspiele \* Konzerthaus**

Samstag, 27. April bis Mittwoch, 1. Mai jeweils 20,15 Uhr. Samstags und Mittwochs auch 16 Uhr, Sonntags nur 16 Uhr. 503

Das

**amerikanische Filmparadies**

**Die Filmstadt Hollywood**

Berühmte Filmsterne bei der Arbeit und zu Hause wie:

Dolores del Rio / Emil Jannings / Coleen Moore

Camila Horn / Conrad Veidt / Janet Gaynor

Corinne Griffith / Charlie Chaplin / Lia de Putti

Greta Garbo / Ernst Lubitsch und andere

Einführender Vortrag von Hauptmann a. D. H. Kund

Im Beiprogramm: **Amerikanische Grotteske.**

Kartenverkauf: Musikhaus Fr. Müller, Kaiserstr.

**Instituts- u. Privat-**

**Gelder**

auf Hypotheken

Anlage und Beschaffung durch:

**Aug. Schmitt**

Hypothekengeschäft

Karlsruhe

Hirschstraße 43

Telephon 2117

Gegründet 1879. 484

**Leichenwagen**

liefert für Hand und Bespannung als Spezialität

4 neue verschiedene

**Leichenwagen**

sind preiswert abzugeben

**Joseph Gunz**

Wagenbauanstalt 358

**Achern** (Baden)

**Korbmöbel**

Mercedes

Günstig ab Fabrik an Private!

Bestens Teilzahlung, Reichhalt. Katalog

auf Wunsch.

Mercedes-Lorch

Mercedes-Lorch

**Detektiv-**

Institut

u. Privat-

Auskunft

„Mannheim

Argus“

O 6, 6

Planken 20, 20

Telefon 33505

A. Maier & Co., G.m.b.H.

Feisarbeiten zur Verflüchtigung

von Dämpfen überm

Tunnel beim 3. Baur u. oberhalb

Leitzschentunnel (Schwarzwaldbahn) öffentl.

zu vergeben: Abtrag von

Fels und Einbau in einer

Seitenablagung mit Förderbahn

2300 cbm, Abtrag von Fels und

Laden in Eisenbahnwagen 120 cbm.

Bedingungen und Zeichnungen beim

Reichsbahnbaubüro in Leiberg (Karlsruh.)

**Bezirksparkasse Stühlingen**

Öffentliche Verbandsparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1928.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	21 621,01
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse . . . . .	18 630,35
3. Wertpapiere . . . . .	56 519,—
4. Wechsel . . . . .	23 680,25
5. Darlehen a. Hypotheken . . . . .	498 332,—
6. Grundstückskaufgelder . . . . .	128 198,80
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	250 568,60
8. Darlehen auf Schuldschein . . . . .	87 659,50
9. Darlehen an Gemeinden . . . . .	93 332,—
10. Sonstige Darlehen . . . . .	59 600,—
11. Aufwertungsfordernngen . . . . .	259 840,15
12. Einnahmerückstände . . . . .	13 159,48
13. Grundstücke und Gebäude . . . . .	2,—
14. Gerätschaften . . . . .	1,—
15. Aufwertungsabrechnungskonto . . . . .	255 936,29
	<b>1 766 980,43</b>

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen . . . . .	938 958,44
2. Aufgezeichnete Spareinlagen . . . . .	571 646,14
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	116 373,40
4. Anlehens- und andere Schulden (Landwirtsch. Kredite) . . . . .	89 105,—
5. Rücklagen . . . . .	36 326,13
6. Reingewinn . . . . .	14 571,32
	<b>1 766 980,43</b>

**Berechnung der Rücklage.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8%) aus 1 055 331,84 RM Einlagen . . . = 84 426,45 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 50 897,45 RM  
somit weniger . . . . . 33 529,— RM

Stühlingen, den 28. Februar 1929. D. 903  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Stoder. Der Geschäftsleiter: Fischer.

**Handels-Hochschulkurse Karlsruhe**

**und Beamten-Hochschulkurse**

**Sommersemester 1929.**

1. **Bürgerliches Recht.** Sachenrecht. Senatspräsident **Dr. Levis**. Dienstag, 8 Uhr, Beginn 30. April. Am 22. 24. 26. April, 8 Uhr, werden die Wintervorlesungen über Bürgerliches Recht nachgeholt. Die nachzulehrenden Besprechungen beginnen um 30. April, 9 Uhr

2. **Praktische Volkswirtschaftslehre.** Industrie- und Gewerbepolitik. Professor **Dr. Wehrle**. Donnerstag, 8 Uhr, Beginn 25. April.

3. **Betriebswirtschaftslehre.** Kreditgeschäfte. Risiko u. Zahlungsverkehr. Direktor **Dr. Maltour**. Montag, 8 Uhr, Beginn 6. Mai.

4. **Einführung in die Philosophie.** Professor **Dr. Drews**. Mittwoch, 8 Uhr, Beginn 1. Mai.

Besuchsgebühr: für einen Kurs: für alle Kurse: 4 RM. 12 RM.

Anmeldungen bei A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, E. Kundt, Müller & Cräff, Braun'sche Buchhandlung A. Troschütz, J. Link's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath und der Geschäftsstelle des Beamtensbundes, Nowackanlage 19. Karlsruhe, April 1929 487

Das Kuratorium.

**Badisches Landestheater**

Samstag, 27. April

\* A 24. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte)

Zum erstenmal

**Deipus**

Von Sophokles

Bearbeitet von Hipmann

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Vertram, Emmerich, Frauenborfer, Genter, Möderl, Schreiner, Vortfeldt, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Dieck, Höder, Just, Kienjcher, Rehner, Müller, Schulze, v. d. Trend.

Anfang 20 Ende n. 22 1/4

Kreife A (0,70—5,00 RM)

So. 28. April, *Meisterfänger*,

Im Konzerthaus:

Der Prozeß Mary Dugan,

Mo. 29. April, *Nathan der Weise*,

Di. 30. April, Einmaliges

Gastspiel Curt Götz: *Trio*.

**Colosseum**

Nur noch bis

Dienstag

Die große

REVUE

Es ist

waslos